



Die Teilnehmer des 28. OSZE-Ministerrats in Stockholm. Bild: ikr

Lage der Zivilbevölkerung in den Vordergrund rücken

OSZE-Ministerrat in Stockholm mit Fokus auf die Sicherheitslage in Europa.

Am 2. und 3. Dezember fand in Stockholm der 28. Ministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. Die liechtensteinische Delegation wurde von I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Ständige Vertreterin bei der OSZE, angeführt, die Ausenministerin Dominique Hasler aufgrund der Landtags-sitzung vertrat. Die zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen und Spannungen im OSZE-Raum prägten das diesjährige Haupttreffen der Organisation. Im Mittelpunkt stand dabei neben den Konflikten in der Ukraine und in Bergkara-

bach auch die besorgniserregende Lage in Belarus.

Die liechtensteinische Rede ging angesichts des 100-Jahr-Jubiläums der liechtensteinischen Verfassung von 1921 auf die Verantwortung des Staates

ein, das allgemeine Wohl des Volkes zu fördern. Das ständige Ringen der Politik um die besten Lösungen gilt nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in den internationalen Beziehungen und der OSZE. Der

Achtung und Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

In Bezug auf die Konflikte und Krisen im OSZE-Raum –

zum Beispiel in der Ostukraine und in Bergkarabach – hob Liechtenstein die humanitären Aspekte und die Notwendigkeit hervor, die Lage der Zivilbevölkerung in den Vordergrund zu rücken.

Mit ihrem umfassenden Sicherheitskonzept leistet die OSZE einen wertvollen Beitrag zu einem effektiven Multilateralismus, für den sich Liechtenstein mit Nachdruck einsetzt. In der OSZE konnte Liechtenstein im vergangenen Jahr einmal mehr einen Beitrag zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel leisten und über die «Fast-Initiative» die Rolle des Finanzsektors in den Arbeiten verankern. Schweden wird den OSZE-Vorsitz noch bis Ende des Jahres innehaben, bevor ihn Polen für das Jahr 2022 übernehmen wird. (ikr)

PUBLIREPORTAGE

Die Kommunikative: Ramona Marxer

Liechtenstein tritt der UN-Behindertenrechtskonvention (UNBRK) bei. Unterzeichnet ist sie schon, die Ratifikation und damit die Umsetzung steht noch aus. Der Verein für Menschenrechte hat Menschen interviewt, die unmittelbar einen Nutzen aus der UNBRK ziehen.

Eine Leidenschaft von Ramona Marxer ist das Reisen. Sie reiste sieben Monate durch Australien und ging zehn Monate auf Weltreise. Dabei ist Ramona die einfache, lockere und hilfsbereite Kommunikation in Australien und den Vereinigten Staaten in guter Erinnerung geblieben. Aus Liechtenstein kennt sie das anders. «Hier sind die Menschen gehemmt. Vielleicht braucht es mehr Sensibilisierung», sagt sie. Ramona ist gehörlos. Sie kommuniziert in Gebärdensprache.

Moderne Kommunikatorin

Seit Mai dieses Jahres ist Ramona Präsidentin des Gehörlosen Kulturvereins in Liechtenstein. Eines ihrer Anliegen ist der bessere Zugang zu Informationen für Gehörlose. Dieses Anliegen ist in Art. 21 der UN-Behindertenrechtskonvention verankert: Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und ohne zusätzliche Kosten die Freiheit haben, sich Informationen zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben. Dazu gehört zum Beispiel auch die Verwendung von Gebärdensprachen und die Braille-



Ramona Marxer ist seit Mai Präsidentin des Gehörlosen Kulturvereins in Liechtenstein.

Bild: pd

schrift. Ramona Marxer ist neugierig und vielseitig interessiert. Sie interessiert sich für aktuelle Nachrichten. Wie viele junge Erwachsene beschafft sie sich die Informationen über das Internet und über soziale Medien. Aufgrund ihrer Gehörlosigkeit ist sie ein sehr visueller Mensch. Dabei ist das Handy

mit SMS oder Whatsapp ein einfaches Kommunikationsmittel, das sie oft und gerne benutzt.

Barrierefreier Zugang zu Informationen

Schwierig wird es für sie jedoch, wenn die gesprochene Sprache dominant ist. Zum Beispiel,

wenn es im Fernsehen keine Untertitel gibt oder sie sich in einer Gruppe von Hörenden befindet, die keine Gebärdensprache verstehen. «In Liechtenstein gibt es zu wenige gehörlosengerechte Informationen oder gar Informationen in Gebärdensprache.» Auch Informationen über Wahlen und Ab-

stimmungen sind für Gehörlose nur schwer zugänglich. Das gilt zum Beispiel auch für Informationen über Covid-19-Massnahmen auf der Webseite der Regierung. Ein positives Erlebnis war für Ramona Marxer der Frauenstreik, bei dem sie über den Gehörlosen Kulturverein mit eingebunden war. Vieles hängt dabei von der Verfügbarkeit einer Dolmetscherin für Deutsch und Gebärdensprache ab. «Die Dolmetscherin hat es erst möglich gemacht, dass wir dabei sein konnten.» Sie wünscht sich daher auch, dass Liechtenstein eigene Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen hätte, am besten gleich zwei. Und dass öffentliche Informationen besser zugänglich sind. Die UN-Behindertenrechtskonvention fördert die aktive Mitgestaltung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Leben. Getreu dessen meint Ramona Marxer abschliessend: «Alle Menschen

haben das Recht, inklusiv unterwegs zu sein.» (pd)

Zur UNBRK

Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde unter Mitwirkung von Menschen mit Behinderung erarbeitet und 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) beschlossen. Ihr Ziel ist die Inklusion aller Menschen und die Beseitigung aller gesellschaftlichen Barrieren. Dabei geht sie von einem sehr umfassenden Verständnis von Behinderung aus. Sie konkretisiert die bereits anerkannten Menschenrechte auf die Situation von Menschen mit Behinderungen. Damit macht sie Menschen mit Behinderungen zu Trägerinnen und Trägern von Menschenrechten und sieht sie als Bereicherung der Gesellschaft an.